

GRÜN GEHT

Weiter

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



RATHAUS AKTUELL

Lüneburg ist Fair-Trade-Town: Ein guter Anfang!



Wenn aus grünen Ideen grünere Städte werden

Die nachhaltige Beschaffung auf kommunaler Ebene ist uns schon lange ein wichtiges Anliegen. Seit 2009 können sich Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland für das Bündnis der Fair-Trade-Towns bewerben. Der Titel ist geschützt und wird vom Verein Transfair für zwei Jahre vergeben. Wer Fairtrade-Town werden will, muss daher vorgegebene Kriterien erfüllen. Es muss vor Ort bereits ein größeres Angebot an fairen Produkten geben, im Kommunalparlament müssen faire Getränke ausgeschenkt werden und eine lokale Steuerungsgruppe muss Aktionen zum Thema „Fairer Handel“ initiieren.

Nach unserem erfolgreichen Ratsantrag hat die Verwaltung zur Gründung der Steuerungsgruppe eingeladen, die wir aktiv unterstützten. Der Ideenreichtum der Gruppenmitglieder und das große Engagement hat uns überwältigt. Selbst die Verwaltung, die ankündigte keine übermäßigen Kapazitäten zur Verfügung stellen zu können, hat viel dazu beigetragen, damit die Hansestadt Lüneburg den Titel Fairtrade Town nun würdig tragen kann – wenn auch erst einmal nur für zwei Jahre. Der weitere Weg kann nur gemeinsam mit den vielen engagierten Initiativen, Vereinen und BürgerInnen gegangen werden – dafür werden wir uns weiterhin stark machen.



Grün wirkt!

Liebe Lüneburgerinnen, liebe Lüneburger

Sie halten eine neue Ausgabe der Rathaus-Aktuell in den Händen. Wir, die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, legen hiermit jetzt nach einem Jahr Rot-Grüner Koalition im Rathaus unseren **ersten politischen Rechenschaftsbericht vor**. Nach 15 Jahren Opposition haben Sie uns mit Ihrer Stimme bei der Kommunalwahl im September 2011 mit 30,2 % zur zweitstärksten Kraft im Rathaus gemacht. 12 Frauen und Männer engagieren sich heute in der Grünen Ratsfraktion für Ihre Belange. Dieses Wahlergebnis ist ein großer Vertrauensbeweis in Grüne Politik und für uns eine Verpflichtung für die nächsten 4 Jahre. Mit diesem Rechenschaftsbericht wollen wir einen Einblick in unsere Ratsarbeit geben.

Unser Motto heißt: **Transparenz schafft Vertrauen.**

Daher beantworten wir hier diese Fragen: Was haben wir erreicht? An welchen Themen sind wir dran? Wer macht was in der Fraktion? Grüne Kommunalpolitik ist kein Buch mit sieben Siegeln, unsere Fraktionssitzungen sind stets öffentlich und Gäste sind uns herzlich willkommen: **Einmischung ist erwünscht!** Sprechen Sie uns gerne an, wir freuen uns über Ihre Vorschläge und Anregungen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen. Und wenn Sie zum Schluß sagen können: **Grün wirkt!**, dann sind wir gemeinsam auf dem richtigen Weg. Herzliche Grüße,

Andreas Mehsies Fraktionsvorsitzender und Bürgermeister

In den kommenden Jahren wollen wir aber noch mehr, denn auch die gesamte kommunale Beschaffung sollte Fairen Kriterien genügen, wie sie z.B. in der Procura*-Kampagne beschrieben werden (www.procuraplus.org). Jede Kommune kann durch beispielhaftes Einkaufen aktives Vorbild für neues BürgerInnenverhalten sein. So entsteht ein Motivationskreislauf, der Grundlage für eine faire und nachhaltige Kommune ist.

„Global denken und lokal handeln“

Als VerbraucherInnen machen wir Politik mit dem Einkaufswagen. Bei unserem täglichen Konsum entscheiden

wir, welche Produkte wir unterstützen wollen und welche nicht. Noch weitaus größere Handlungsmöglichkeiten hat aber die öffentliche Hand. Die Kommunen kaufen jährlich für 180 Milliarden EUR ein. Dabei spielen ökologische und faire Aspekte leider noch kaum eine Rolle – auch in Lüneburg nicht. Das soll in der Fairen Kommune anders werden. Mit der Fairen Kommune können wir in unseren Städten und Gemeinden erreichen, dass wir hier vor Ort unserer Verantwortung für die Eine Welt gerecht werden. Gemeinsam können wir es schaffen, dass unsere Welt gerechter wird und das fängt bei uns vor der Haustür an.

Die Fairtrade-Town ist ein erster, guter und wichtiger Schritt auf dem Weg zur Fairen Kommune, denn dieser Prozess schafft öffentliches Bewusstsein für den fairen Handel. Die Faire Kommune wird allerdings noch weiter gehen: Faire Beschaffung, Förderung regionaler und ökologischer Lebensmittel, Bildungsarbeit, Faires Miteinander der Kulturen, Partnerschaft auf Augenhöhe. Packen wir es an!

Sebastian Heilmann,
Sprecher für Umweltpolitik und Mitglied der Steuerungsgruppe Fair-Trade-Town

Lüneburger HanseCard

Rund 3.500 Kinder und Jugendliche werden ab 2013 in den Genuss der HanseCard kommen. Wer sie bekommen kann und welche Vorteile sie bringt auf Seite → 7

Die Grüne Energie-wende in Lüneburg

Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme enthalten Potenziale für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand wie keine anderen Technologien. Lesen Sie hier, wie wir Lüneburg bis zum Jahr 2020 zur „100-Prozent-Erneuerbare-Energie-Region“ umbauen wollen. Seite → 3

Lüneburgs Kultur: Motor und Mittelpunkt

Lüneburg erlebt als Kulturmetropole im Nordosten Niedersachsens einen rasanten Aufschwung mit dem Neubau des Museums, dem Neubau der Musikschule und der Entstehung der Kulturbäckerei. Damit das in eine stabile Entwicklung mündet, sind wir Grünen aktiv und wollen ein Kulturentwicklungs-Konzept erstellen lassen. Seite → 4

Wir setzen uns für sichere Schulwege ein

Es gibt Schulwege, die für unsere Kleinen unzumutbar sind. Der Eisenbahnweg gehörte jahrelang dazu. Seit September gibt es nun dort endlich eine neue Verkehrsregelung, die für mehr Sicherheit sorgt. Seite → 5

Eine Brücke zuviel

Ein Gastbeitrag von **Andreas Conradt**
Einige WählerInnen werden am 20. Januar 2013 nicht nur gebeten, ihre Stimmen für den neuen Niedersächsischen Landtag abzugeben. Sie werden auch über ein Verkehrsprojekt abstimmen müssen, dass nicht nur in Hinsicht auf die Schädigung der Umwelt, sondern auch in Hinsicht auf die Finanzen absolut untragbar ist. Seite → 7



Andreas Mehsies
Fraktionsvorsitzender
und Bürgermeister



Ulrich Löb
Verkehrspolitischer
Sprecher



Claudia Schmidt
Sprecherin für
Natur- und Land-
schaftsschutz



Ulrich Blanck
Wirtschaftspolitischer
Sprecher



Sonja Hollstein
Schulpolitische
Sprecherin



Holger Nowak
Bildungspolitischer
Sprecher



Katharina Guhl
Gleichstellungs-
politische Sprecherin



Ulrich Völker
Kulturpolitischer
Sprecher



Susanne Puschmann
Stadtentwicklungs-
politische Sprecherin



Ernst Bögershausen
Sozialpolitischer
Sprecher



Sebastian Heilmann
Umwelt- und
Hochschulpolitischer
Sprecher



Björn Adam
Sprecher für
BürgerInnen-
beteiligung

B-Plan Rosenkamp 2

Im bisher letzten größeren Baubereich im Ortsteil Oedeme wollte der Investor mehr Bauplätze und damit mehr BewohnerInnen als bisher geplant unterbringen. Dazu sollten kleinere Grundstücke mit schlankeren und zweigeschossigen Häusern sowie Doppelhausbebauungen ermöglicht werden. Die Mehrheit fand an solcher Abweichung von den bisher in diesem Ortsteil gültigen Bau- und Gestaltungsregelungen nichts auszusetzen: Bisher durften eingeschossige, gemauerte Einzelhäuser mit Schlafräumen unter sichtbar geneigten Dachflächen gebaut werden.

Wir Grünen treten natürlich für sparsameren Umgang mit Grund und Boden ein, allerdings auch für energiearme Bauweisen mit umweltverträglichen Baustoffen. Solche, wie wir meinen, zumutbaren Bedingungen schränken die mehrheitlich lauthals geforderte Baufreiheit jedoch wieder ein: Große südorientierte Dachflächen ermöglichen maximalen Energieeintrag, doch die Dächer der bisher nach gültiger Energieeinsparverordnung dort gebauten Häuser weisen nur die kleinen Solarthermiekästen für die Warmwasserversorgung auf. Gas für die Beheizung soll weiterhin verbrannt und der Strom nach wie vor aus der Steckdose kommen?

Niedrigere, eingeschossige Häuser bieten dem Kaltluftstrom aus der offenen Landschaft weniger Angriffsfläche als die höheren, zweigeschossigen Häuser, die wegen der noch bezahlbaren Größe nur ein kleineres Dach haben und nur eine dünne Putzschicht. Diese wiederum wird gegen die unschöne Algenbildung mit pilzzerstörenden Chemikalien behandelt, die vom Regen ausgewaschen werden und den Boden vergiften.

Alles hängt eben mit allem zusammen. Und der Mensch sollte sich in seinem Handeln beschränken können und den nachfolgenden Generationen die Freiheit schenken, nicht die Schäden unüberlegten Handelns der vorherigen Generation beheben zu müssen.

Wir Grünen konnten jedoch in dem Änderungsverfahren für etwa dreivier-



tel dieser Bebauungsfläche eine Komponente solaren Bauens durchsetzen: Es gibt nun eine „Zwingende Firstausrichtung für die Böttcherstraße und Teile der Gerberstraße und Töpferstraße“. Diese Südausrichtung der Dachflächen soll die auch nachträglich mögliche Nutzung für Wärme- und Stromerzeugung aus Sonnenkraft befördern.

Gestaltungsvorgaben für Dachflächenausrichtung und -größen in Bebauungsplänen sind für den Verzicht auf Kernkraft und zur Minderung der Kohlendioxidemission sinnvoll. Energieautarke Häuser sind notwendig. Und darüber hinaus sollten zukünftige Gebäude auch noch den Strom für die Fahrzeuge Ihrer BewohnerInnen zur Verfügung stellen können, wenn es kein Benzin aus Öl mehr geben wird.

Trotz aller notwendigen Selbstbeschränkung beim Bauen bleiben noch reichlich Möglichkeiten, die eigenen Gestaltungswünsche für ein vielfältiges Erscheinungsbild umzusetzen, wie die bisherige Bebauung im Rosenkamp ja auch zeigt.

Alfons Bauer-Ohlberg
Mitglied des Ortsrates Oedeme

Grüne Impulse für die Stadtkultur

Wir Grünen wollen den Kulturschaffenden eine gemeinsame und damit gewichtigere Stimme gegenüber der Politik verleihen – deshalb haben wir gemeinsam mit anderen Kulturschaffenden, nach einer Diskussionsveranstaltung zur letzten Kommunalwahl, den Kulturstammtisch ins Leben gerufen.

Die erste Sitzung fand am 20. September 2011 mit ca. 25 TeilnehmerInnen im Gasthaus „Krone“ statt und beschäftigte sich mit dem Selbstverständnis des Stammtisches und seiner Organisationsform. Der Stammtisch hat sich seitdem regelmäßig an verschiedenen Orten in der Stadt (wie dem Theater e-novum, dem FREIRAUM oder auch der Halle für Kunst) getroffen und wird im Wechsel von jeweils zwei ModeratorInnen organisiert und protokolliert. So ist eine eigenständige Diskussionsplattform entstanden, die sich mit den aktuellen Themen der städtischen Kulturszene auseinandersetzt:

- die Schaffung eines soziokulturellen Zentrums in der Alten Musikschule
- preiswerte Übungsräume für MusikerInnen und TheatermacherInnen
- die Ausgestaltung und Organisation der Alten Bäckerei (Kulturbäckerei)
- mehr öffentliche Ausstellungsflächen für die Bildenden Künstler
- eine bessere kommunale Künstlerförderung

→ bessere Vernetzung der Lüneburger Kulturschaffenden

Bei einem Treffen wurden z.B. die Durchführung der sommerlichen Kulturtag im Mai geplant und von Beginn an läuft eine breite und offene Diskussion um die Möglichkeiten in der Kulturbäckerei auf dem ehemaligen STOV-Gelände an der Rabensteinstraße. Untertützt wird der parteiungebundene Kulturstammtisch (KUSTA) durch die Grünen Ratsmitglieder Ulrich Völker, Katharina Guhl und Ernst Bögershausen sowie durch Friedrich von Mansberg (SPD). Dadurch gibt es einen regen Informationsaustausch zwischen dem Kulturausschuss des Rates und dem KUSTA.

Unterfüttert wird die Arbeit in der Kulturbäckerei mit der Erarbeitung eines Kulturentwicklungsplanes (KEP) für Stadt und Landkreis Lüneburg. Aus den Reihen des Kulturstammtisches und der Grünen ist die Zusammenarbeit mit einem Team der Leuphana Universität erwachsen, mit dem Theorie und Praxis der Kulturförderung erörtert wurde und wird.

Dem Kulturstammtisch soll ein fester Sitz (beratendes Mitglied) im Kultur- und Partnerschafts-Ausschuss des Rates eingeräumt werden. Natürlich ist nicht immer alles eitel Sonnenschein in einer offenen Gruppe wie dem KUSTA: Die Diskussion um das Treffen im Ostpreußischen Landesmuseum (OL) führte im Mai zu Irritationen im Kulturstammtisch, in deren Folge einige der Mitglieder sich vorläufig zurückzogen, was wir bedauern.

Deshalb ist es notwendig, dass der Kulturstammtisch über sein Selbstverständnis und seine zukünftige Stellung im Kulturleben der Stadt diskutiert und gemeinsam daran weiterarbeitet. Ernst Bögershausen und Ulrich Völker haben das Gespräch mit der Leitung des OL gesucht: Wir wollen hier und anderswo aufeinander zugehen, im Interesse einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit in der Kulturszene.

Ernst Bögershausen
Mitglied im Ausschuss für Kultur und Partnerschaft



Das Fahrrad sichtbar machen – Stadträder als Hingucker



Das Fahrrad ist das Verkehrsmittel der Wahl in der Stadt. Seine Beliebtheit gibt Auskunft über die Qualität der Verkehrspolitik. Um den Anteil des Fahrradverkehrs zu steigern, ist die zufriedenstellende „Hardware“ in Form von Fahrradwegen wichtige Voraus-

setzung. Allerdings nur dort, wo ein hohes Verkehrsaufkommen vorliegt (wie am Stadtring) oder wo die Geschwindigkeitsdifferenz der Verkehrsteilnehmer sehr hoch ist (wie auf den „Bergstrecken“ der Ausfallstraßen).

Untersuchungen sagen, dass darüber hinaus die Sichtbarkeit des Fahrrades in der Stadt gesteigert werden muss, damit es für alle normal wird, Rad zu fahren. Eine Maßnahme, die die Sichtbarkeit steigert, sind z.B. die „gelben Griffe“ an den Ampelmasten, um die sich in Lüneburg dankenswerterweise der ADFC gekümmert hat. Sichtbar wird der Radverkehr aber auch durch flotte, schicke Stadträder, wie sie im kommenden Jahr auf Beschluss des Verkehrsausschusses aufgestellt werden.

Diese Idee beschrieben wir Grünen schon in unserem Kommunalwahlprogramm 2011: „Wir verfolgen das Ziel vernetzter, intelligenter Mobilitätsformen. (...) ÖPNV, SPNV und Radverleih sind ein wichtiger Baustein. Die Kommune ist verantwortlich für die Gestaltung einer umwelt- und sozialverträglichen Mobilität für alle.“ Das gesamte Programm liegt in unserem Büro (Neue Sülze 4) aus.

Gemeinsam mit dem AstA, der Leuphana und der Deutschen Bahn (DB Rent) ist es nun gelungen, diesen wichtigen Baustein in den Umweltverbund einzufügen. Nach Hamburger Vorbild werden zunächst 5 Räder an 5 Stationen (Bahnhof, 2x Innenstadt, 2x Uni) aufgestellt. Die nach Abzug der Einnahmen verbleibenden Kosten teilen sich die drei Partner, die operative Abwicklung macht die Bahn. Dass so ein System nicht zum Nulltarif zu

haben ist, ist durch viele Beispiele erwiesen. Dass das Geld der Stadt aber gut angelegt ist, werden die Bürgerinnen und Bürger durch ihr Tun beweisen. Denn nur wenn Fahrradfahren zu einem Lebensgefühl wird, bleibt die Stadt jung, gesund und entwicklungsfähig.

Ulrich Löb
Vorsitzender des Verkehrsausschusses

Nach Hamburger Vorbild werden zunächst 5 Räder an 5 Stationen aufgestellt.

Initiative für ein würdiges Synagogen-Ehrenmal

Zur Erinnerung: Am 9. November 1939 wurden in Deutschland viele jüdische Geschäfte, Wohnhäuser und Synagogen durch die Nationalsozialisten und die aufgeputschte, deutsche Bevölkerung gewaltsam zerstört.

Auch die Lüneburger Synagoge an der Reichenbachstraße fiel damals in Schutt und Asche. Zum Gedenken an diese historisch einmalige Schandtate wurde an der Reichenbachstraße (Ecke Schifferwall) eine Stele errichtet. Diese verschwand im Laufe der Jahre immer mehr hinter hohen Hecken und Büschen, so dass sie nur unter großen Mühen noch auffindbar war.

Deshalb hatte der Rat schon in seiner letzten Periode mit großer Mehrheit beschlossen, das Mahnmal für die Synagoge freizulegen und auf dem ehemaligen Grundstück der Synagoge eine gut sichtbare und ehrwürdige Gedenkstätte zu schaffen. Aber nichts dergleichen geschah und das Vorhaben geriet in Vergessenheit. Allerdings hatte in der Zwischenzeit der Lüneburger Architekt C.-P. v. Mansberg im Auftrag der Vorsitzenden der Gesellschaft für



Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (Ela Griepenkerl) einen entsprechenden Entwurf erarbeitet und der Verwaltung übergeben. Aber dennoch geschah wieder nichts.

Erst durch die Initiative von uns Grünen wurde das Thema jetzt im Kulturausschuss wieder aufgegriffen, damit das

Vorhaben endlich umgesetzt wird. Momentan bildet sich eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe, die sich mit dem vorliegenden Entwurf beschäftigt und dessen Umsetzung prüft.

Ernst Bögershausen
Sozialpolitischer Sprecher

Umbenennung der Landrat-Albrecht-Straße

Die Grünen arbeiten eng mit Bürgerinitiativen zusammen. Daher lud die Grüne Stadtratsfraktion die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) – in die Fraktionssitzung ein, um sich über deren Schwerpunktthemen in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus zu informieren.

Es ging in jener Sitzung u.a. um den Umgang mit den Dragonerdenkmälern, dem Synagogen-Mahnmal und um die Umbenennung der Landrat-Albrecht-Straße.

Die Umbenennung der Straße erscheint uns zwingend notwendig, um nicht länger eine Person öffentlich zu ehren, deren Verhalten den Nationalsozialismus aktiv gestärkt hat. Zur Unterfütterung unseres Anliegens haben wir Grünen, wie 2008 bei der Umbenennung der Carl-Peters-Straße in Albert-Schweitzer-Straße, vorher selbst recherchiert: In der Personalakte Albrechts, der von 1917 bis 1945 Landrat in Lüneburg war und in Nils Köhlers Buch „Zwangsarbeit in der Lüneburger



Heide“, finden sich Zeugnisse von Albrechts überzeugter Mitarbeit bei den Nazis. Gemeinsam mit Mitgliedern aus anderen Fraktionen und im Anschluss an den Kulturausschuss wurde mit der Verwaltung das Vorhaben der unumgänglichen Umbenennung besprochen. Die Verwaltung wurde daraufhin tätig und hat damit begonnen, im Dialog mit den AnwohnerInnen, einen neuen Namen für deren Straße zu finden.

Katharina Guhl
Mitglied des Kultur- und Partnerschaftsausschusses

Vorreiter der Energiewende



Mit den installierten Solarflächen können 850 Vierpersonenhaushalte das ganze Jahr über mit Strom versorgt werden.

Energiapolitik auf der Müllkippe

Dass eine Mülldeponie ein Blockheizkraftwerk betreibt, um das Deponiegas sicher zu verwerten, ist ein alter Hut. Bereits 1990 ist der wachsende Müllberg der Region mit einer Gasdrainage durchzogen und an einen Gasmotor angeschlossen worden, der Jahr für Jahr 1000-1200 Megawatt/Stunde (MWh) Strom erzeugt und die Abwärme für die Gebäude der GfA bereitstellt. Diese Energiemenge sinkt nun langsam Jahr für Jahr, weil durch die Vorbehandlung des Abfalls immer weniger Gas emittiert wird, verrottungsfähiger Müll eingelagert wird. Dem wurde begegnet, indem 2012 die abgedeckte Halde im südlichen Bereich mit einer Photovoltaikanlage größten Ausmaßes versehen wurde. Hier wurde ein Kraftwerk mit 2,7 Megawatt/Spitzenleistung (MWp) errichtet. Gemeinsam mit den 11 schon im Jahre 2006 bis 2011 auf den Dachflächen der GfA-Gebäude installierten Solarflächen, die zusammen 1 MWp produzieren, können 850 Vierpersonenhaushalte das ganze Jahr über mit Strom versorgt werden.

Ein Windrad, auf den für Müll nicht mehr zu nutzenden Flächen des Geländes, mit ca. 1.000 MW abgegebener Leistung per anno, rundet das Stromangebot der GfA ab.

Übrigens, ein Teil des Gewinns der Windkraftanlage wandert jedes Jahr in den Wettbewerb „Klimadetektive“, mit dem Schulkinder spielerisch zum umweltgerechten Verhalten animiert werden sollen.

Damit aber nicht genug, startet die GfA nun einen neuen Coup. Weitere, nicht mehr als Deponie zu nutzende Flächen der Anlage, werden im nächsten Jahr mit Kurzumtriebshölzern bepflanzt. Es handelt sich um Weiden und andere schnell wachsende Hölzer, die nach drei Jahren bereits das erste Mal geerntet werden können, um dann in einem Blockheizkraftwerk Strom und Wärme zu erzeugen. Die Abwärme ersetzt dann die rückläufige Wärmemenge aus der Deponiegasverstromung und kann darüber hinaus zum Trocknen von Resthölzern genutzt werden, die auf der Deponie anfallen und zur energetischen Verwertung weiterver-

kauft werden. So kann ein besserer Preis für diesen Wärmerohstoff erzielt werden. Alle diese Maßnahmen tragen zur Schonung der Ressourcen bei, sind ein aktiver Beitrag zur CO₂-Reduzierung und leisten gleichzeitig einen Deckungsbeitrag für die Deponie, damit die Abfallbeseitigung für die Bürgerinnen und den Bürger nicht zu teuer wird.

Ulrich Löb
Mitglied des Verwaltungsrates der GfA-gkAÖR

BürgerInnenhaushalt: „Ich will mitbestimmen“

Meine Stadt, mein Lebensraum!

Wir alle leben in Lüneburg und lieben diese Stadt, deshalb möchten wir natürlich auch mitreden, wenn wichtige Entscheidungen getroffen werden. BürgerInnenbeteiligung ist für unsere lebenswerte Stadt besonders wichtig. Die Kommunalpolitik und viele Bürgerinitiativen wünschen sich Menschen, die sich mit Lüneburg identifizieren und gerne hier leben. Deshalb stehen wir Grünen für eine transparente und bürgernahe Politik. Es gibt bereits viele Möglichkeiten, unsere Stadt zu gestalten und Themen in die Politik zu tragen. Gerade im letzten Jahr hat bürgerschaftliches Engagement, mit dem Projekt DialogN und den Runden Tischen zu verschiedenen Themen, einen neuen Höhepunkt erreicht.

Mit viel Einsatz versuchen auch wir, als gewählte VertreterInnen im Stadtrat, für und mit den BürgerInnen die Stadt zu gestalten. In der Praxis sind viele Entscheidungen allerdings sehr schwierig zu transportieren. Deshalb laden wir immer wieder Fachpersonal und wichtige ReferentInnen in unsere öffentlichen Fraktionssitzungen ein, damit die Bürgerinnen und Bürger sich besser informieren und unkompliziert mitdiskutieren können. Doch für wirkliche Beteiligung und Transparenz reicht das natürlich nicht.

Deshalb haben wir uns als Grüne bereits zu Beginn der Legislaturperiode das Ziel gesetzt, gerade in Hinsicht auf Finanzentscheidungen beim städtischen Haushalt, den Meinungen und Wünschen der Menschen mehr Raum zu geben. Dabei sind wir zwar an das Niedersächsische Kommunalrecht und dessen Beschränkungen gebunden, aber gerade im Prozess der Haushaltsaufstellung könnten die BürgerInnen Lüneburgs unseres Erachtens besser beteiligt und informiert werden. **Die Lebenswirklichkeiten der Menschen in Lüneburg müssen sich in den Haus-**



haltsentscheidungen des Rates widerspiegeln. Mit diesem Anspruch wollen wir den Prozess eines nachhaltigen Bürgerhaushaltes zeitnah in Lüneburg etablieren. Daher haben wir bereits einen Antrag für eine erste öffentliche Veranstaltung in den Rat eingebracht, bei der VertreterInnen aus anderen Städten ihre Erfahrungen schildern sollen und das Thema mit allen Beteiligten diskutiert werden kann.

Das endgültige Konzept soll sich dabei überparteilich, gemeinsam mit der Verwaltung und unter Mitarbeit vieler Bürgerinnen und Bürger entwickeln. Eine Möglichkeit wäre, ähnlich wie in Oldenburg erfolgreich getestet, eine Internetplattform einzurichten. Mit dieser können Informationen bereitgestellt, Ideen und Anträge gesammelt und der Haushalt transparent und verständlich dargestellt werden. Denkbar wären auch besondere BürgerInnenversammlungen oder BürgerInnenumfragen. Das Konzept muss zu Lüneburg passen und von allen Menschen gemeinsam getragen werden.

Ein Haushalt mit einem Volumen von mehr als 200 Mio. EUR und vielen Verpflichtungen, wie etwa dem Entschuldungsvertrag mit dem Land Niedersachsen, ist eine Herausforderung, die es gemeinsam zu meistern gilt. Wir stellen uns dieser Aufgabe und freuen uns über viele Ideen und engagierte Bürgerinnen und Bürger. Ohne Sie wäre ein BürgerInnenhaushalt in Lüneburg undenkbar.

Björn Adam
Sprecher für BürgerInnenbeteiligung

Lüneburgs Kultur: Motor und Mittelpunkt

Ein Plädoyer für den städtischen Kulturentwicklungsplan

Lüneburg ist nicht nur als Oberzentrum der Verwaltung und Wirtschaft zu betrachten, sondern mehr noch als Mittelpunkt kulturellen Lebens in der Region Lüneburg. Wir Grünen steuern den richtigen Kurs, wenn wir die **Breitenwirkung von Kultur** im Auge behalten, die von populär (nicht: primitiv) bis elitär (nicht: arrogant) reicht; wenn wir daran arbeiten, von der Kindergrrippe bis zu den Senioren, Möglichkeiten der künstlerischen Teilhabe zu schaffen, zu erhalten und zugleich stets die Kulturschaffenden mit einzubeziehen. Nicht als quasi Gnadentat, sondern als Selbstverständlichkeit, die die Notwendigkeit der Kultur und ihrer Ausdrucksformen für ein menschliches Miteinander unbedingt anerkennt.

Beispiel: Bei aussichtsreichen Ideen fordern wir von Fall zu Fall eine begrenzte institutionelle Förderung, so dass ein dichtes Geflecht kulturellen Lebens entsteht und nachhaltig

„Und Spaß muss und soll es auch machen!“

wirken kann. Und Spaß muss und soll es auch machen! Der Humor ist die Basis, nicht der verbiesterte Alleinanspruch auf (Schein-)Wahrheit.

Mit dem **Kulturentwicklungsplan (KEP)**, dessen Ausarbeitung in Kürze begonnen wird, wollen wir Grünen das Fundament für eine langfristige und nachhaltige Förderung auf Grundlage verlässlicher Daten legen: Intentionen, örtliche Gegebenheiten und kulturelle Entwicklungen, Anzahl der Kulturschaffenden, die Verteilung der Aktivitäten, etc.. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse können Förderungen gezielter auf die örtlichen Gegebenheiten und die nachhaltige Potenz der Projekte und Einrichtungen wirken lassen.



Kulturbäckerei

Direkt anzuwenden sind diese Daten und Erkenntnisse beispielgebend in der **Kulturbäckerei** auf dem ehemaligen STOV-Gelände an der Rabenstein-Straße. Getragen von der Sparkassenstiftung, hergerichtet unter der Regie der LüWo-Bau und verwaltet von Campus e.V soll das Gebäude aus den 30er Jahren zu einem Mittelpunkt alternativer künstlerischer Projekte und Einrichtungen werden.

Hier wird u.a. die Kunstschule Ikarus unterkommen, werden Ateliers für Maler und Bildhauer vorhanden sein und können Amateurtheater proben und Produktionen vorführen. Wir Grünen haben energisch darauf bestanden, dass von Beginn an die Kulturschaffenden an den Planungen beteiligt sind und auf das laufende Geschehen in der Bäckerei Einfluss nehmen können und sollen. Die kommenden MieterInnen der Räume und Ateliers werden als Beirat mit einbezogen. Oberstes Gebot dabei ist: Transparenz und dauernder Austausch unter den KünstlerInnen, gleich welcher Richtung. Ein Treffpunkt zum Sammeln, Sichten und Abwägen von künstlerischen Unternehmungen – und zum gemütlichen Klönen. Wir werden dieses ehrgeizige Projekt weiterhin aktiv begleiten und unterstützen.

Ulrich Völker

Vorsitzender des Kultur- und Partnerschaftsausschusses

Grüner Einsatz für die Sicherheit alter Menschen

Im März 2010 erhielt ich als Altenpolitischer Sprecher den Hinweis, dass die alten Leute aus den Altenheimen beidseitig der Straße „Vor der Sülze“ Schwierigkeiten haben, diese ungefährdet zu überqueren. Für die einen, wenn sie in Richtung Einkaufszentrum wollen und für die anderen, wenn sie in Richtung Innenstadt möchten. Also musste an dieser Stelle etwas getan werden, um die Gefahrensituation zu entschärfen.

Zur vorläufigen Beruhigung der Situation stellte die Stadtverwaltung noch im Dezember 2010 zwei Warnschilder auf. Unser Ziel war es aber, eine sogenannte Querungshilfe zu schaffen. Wir nahmen Kontakt mit den Leitungen der beiden Altenheime auf, um sie zu bitten, sich finanziell an dieser zu beteiligen. Das eine Heim war zu klein, um einen Betrag zur Verfügung zu stellen, aber der andere Partner war bereit, ein Drittel für die Baumaßnahme zu spenden; doch die Zusage für eine Spende wurde erst im Februar 2011 gegeben. So konnte endlich am 26. Mai 2011 im Rat der Stadt beschlossen werden, die Errichtung einer Querungshilfe in den Verkehrsausschuss zu überweisen. Diesem Antrag gab der Verkehrsausschuss in seiner nächsten Sitzungen statt, so dass die Finanzmittel zur Errichtung der Querungshilfe im Haushalt 2012 bereitgestellt wurden. Nach eineinhalb Jahren ist die Baumaßnahme nun tat-

sächlich abgeschlossen. In der Politik erleben wir oft: „Gut Ding will Weile haben!“, doch davon lassen wir uns nicht entmutigen!



Es gibt aber auch schnellere und unbürokratischere Reaktionen der Stadtverwaltung: Im Januar 2011 berichtete mir Frau Eggers, die Leiterin des Altenheims „Lüner Hof“, dass ihre BewohnerInnen Probleme mit den hohen Kanten und Schrägen der Bürgersteige in der Straße „Auf dem Kauf“ hätten. Aufgrund unserer Ratsanfrage am 3. Februar 2011 ließ die Stadtverwaltung diese Hindernisse ohne viel Aufhebens und unmittelbar noch im selben Monat beseitigen: Klasse! Wieder hat auch hier der Volksmund den entsprechenden Kommentar parat: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!“

Ernst Bögershausen

Altenpolitischer Sprecher

Generationengerechtes Quartier Kreideberg

Die meisten älteren Menschen wünschen sich, so lange wie möglich in der gewohnten Wohnung und vertrauten Wohnumgebung zu leben. Die vertraute Wohnumgebung bedeutet für die Menschen Kontinuität und Identität, denn nachbarschaftliche Kontakte und vertraute alltägliche Abläufe bleiben erhalten. Doch um den Verbleib in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen ist ein vielfältiges Versorgungs- und Unterstützungsnetzwerk erforderlich.

Diese Voraussetzungen waren für uns Grüne der Ansporn, dem Kreideberg, als den zweitgrößten Stadtteil Lüneburgs mit gewachsenen Strukturen und einem hohen Anteil an älteren BewohnerInnen, zu einem altersgerechten und generationsübergreifenden Quartier umzuwandeln: Das Vorhaben wurde Teil der Gruppenvereinbarung mit der SPD.

Von der gesellschaftlichen Hilfestruktur her betrachtet bildet die Selbsthilfe der Betroffenen die erste Stufe. Erst danach werden Angehörige, dann Freunde, dann Nachbarn oder andere MitbürgerInnen hinzugezogen und erst ganz zum Schluss helfen die Profis; erst in der ambulanten und dann, als letzte Instanz, in der stationären Variante.

Daher ist es notwendig, Angebote für differenzierte und nutzerorientierte Wohn- und Betreuungsformen zu entwickeln und zu unterstützen, die gemeinwesenorientiert arbeiten. Es gibt heute immer mehr Alternativen zum Heim, etwa die ambulante Wohnpflegegruppe oder die Familienpflege. Diese Art ambulanter Haushaltspflegemeinschaften boomt in den letzten

Jahren mit inzwischen über 300 Varianten. Eine ambulante Wohngruppe darf aber nie von oben herunter gedacht werden; sie muss vielmehr von unten herauf als Ausweitung des Privattraums in den zur Hälfte privaten Nachbarschaftsraum verstanden werden. Man kann auch von der Normalisierung des Helfens sprechen: Es wird nicht mehr der Mensch zur Hilfe, sondern die Hilfe zum Menschen gebracht. Das setzt aber Menschen voraus, die solidaritätsorientiert und nicht nur egoistisch denken und handeln – und die finden sich glücklicherweise immer, wie zahlreiche Umfragen und Praxisbeispiele zeigen.

Im neuen System helfen sich die Hilfebedürftigen und die helfenden BürgerInnen gegenseitig, denn die einen sind hilfebedürftig, die anderen freuen sich, helfen zu können und das macht sie zu Beziehungswesen. Dabei gilt für uns die alte Historiker-Erkenntnis, dass etwas wirklich Neues in der Regel nicht von oben, sondern von unten kommt: Nachbarschafts-Engagement muss von den BewohnerInnen ausgehen und darf nicht von oben verordnet oder von außen angestoßen werden, damit hinzukommende Profis



sich in den Dienst der BürgerInnen stellen.

Deshalb begannen wir Grünen im Frühjahr 2012 mit einer kleinen Gruppe von Interessierten eine Informationsveranstaltung für den Juni vorzubereiten, um diese Idee im Stadtteil bekannt zu machen. Daraus entstand eine Initiativegruppe, die sich nun einmal im Monat (am 3. Dienstag des Monats um 20 Uhr) im Stadtteilzentrum „KredO“ trifft und auf dem Stadtteilstoff im Juli einen eigenen Informationsstand aufgebaut hatte, um weitere BewohnerInnen für dieses Vorhaben zu gewinnen.

Für den Haushalt 2013 stellt die Gruppe im Rat der Stadt einen Antrag auf finanzielle Unterstützung dieser Initiative, um eine professionelle Begleitung für die Umsetzung dieses umfangreichen Vorhabens bezahlen zu können.

„Es wird nicht mehr der Mensch zur Hilfe, sondern die Hilfe zum Menschen gebracht.“

Immer noch fließen 90 % der Sozialhilfekosten in die institutionelle und weniger als 10 % in die ambulante Hilfe, obwohl in der Pflege laut Gesetz die Regel *ambulant vor stationär* gelten sollte.

Es wird zukünftig darauf ankommen, möglichst alle BürgerInnen dahin zu bringen, sich über ihre Fähigkeiten zu definieren und nicht mehr über ihre Bedürfnisse und Defizite; bis alle erkannt haben, dass buchstäblich jede und jeder etwas beizutragen hat und insofern gebraucht wird.

„Das Entscheidende kann der Mensch sich selbst nicht geben: Liebe, Anerkennung und Vergebung. Sie kann er nur als Geschenk bzw. als Gnade empfangen.“ (aus: Ulrich Körtner: Frailty – medizinethische Überlegungen zur Gebrechlichkeit des alten Menschen, in: Ethik in der Medizin 18, S. 108-119).

Ernst Bögershausen

Altenpolitischer Sprecher

Bildung – Grundpfeiler Grüner Politik für Lüneburg

Bildungspolitik vor Ort: Ausbau von Krippen und Kitas, Inklusion und Gesamtschulen statt Oberschulen für Lüneburg

Bildung beginnt nicht erst in der Schule, denn wichtige Lernprozesse finden bereits in der Krippe und im Kindergarten statt. In der gesamten Diskussion über die frühkindliche Bildung haben sich thematische Inhalte (wie die Inklusion und der gesetzliche Anspruch auf einen Betreuungsplatz) verschärft, insbesondere in Hinblick auf Qualität und ausreichende Anzahl von Betreuungsplätzen.

Ein Anzeichen für hohe Lebensqualität ist die Kinderfreundlichkeit einer Stadt. Sie zeichnet sich u.a. durch ein **gut ausgebautes Betreuungsangebot von der Krippe bis in den Primarbereich** aus. Dies zu erreichen ist für uns Grüne ein Ziel mit höchster Priorität. Niedersachsenweit ist die Zahl der Geburten überdurchschnittlich zurückgegangen, allein Lüneburg zeigt sich weiterhin als wachsende Stadt. Zwar wird der Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen im Jahr 2012 die geforderte gesetzliche Quote von 35 % erreichen, dennoch werden wir den weiteren Ausbau dieser Plätze vorantreiben, da wir im Jahr 2013/2014 eine Betreuungsquote von mindestens 45 % zu realisieren suchen. Die finanziellen Mittel, die von Bund und Land zur Verfügung gestellt werden, sind dafür nicht ausreichend. Daher werden städtische Investitionen von etwa 1,35 bis 1,49 Mio. EUR in den Jahren 2012-2014 notwendig sein.

Bei der Betreuung von Kindern im Elementarbereich ist festzustellen, dass



schon fast alle Grundschulen zu **Ganztagschulen** umgewandelt wurden, bis auf zwei Ausnahmen, in denen alternative Betreuungsformen angeboten werden. Wir Grünen wünschen uns, dass sämtliche Grundschulen zu Ganztagschulen umgewandelt werden. Die derzeitigen von der Landesregierung vorgegebenen Personalressourcen sind dafür aber nicht ausreichend; sie entsprechen nicht dem notwendigen Bedarf für eine „Echte Ganztagschule“.

Ein besonders wichtiger Aspekt in dieser Gesamtplanung stellt die Thematik der **Inklusion** dar, die sich in allen Bereichen unserer Gesellschaft widerspiegelt. Diese Thematik führt bei vielen Menschen zu Verunsicherungen und sie wird zur Zeit schwerpunktmäßig im Bereich der Bildung diskutiert. Doch

geht es nicht nur um Menschen mit Behinderungen; es muss eine gesamtgesellschaftliche Debatte zu den Themen Religion, gleichgeschlechtliche Ehen, soziale Herkunft und Migration geben.

Die Lebenshilfe Lüneburg-Harburg, als ein Träger der Krippen, hat in Kooperation mit der Stadt Lüneburg zunächst im Rahmen eines Modellprojektes zwei Krippen als „**Krippe für alle Kinder**“ ins Leben rufen können. Mittlerweile ist eine Einigung mit dem Land Niedersachsen erzielt worden, so dass diese Betreuungsform nun fester Bestandteil der Lüneburger „Krippenlandschaft“ werden konnte.

Wir Grünen fördern und unterstützen inklusive Betreuungsangebote. In

Hinsicht auf Menschen mit Behinderungen unterstreicht die UN-Behindertenrechtskonvention insbesondere die Notwendigkeit einer Neuausrichtung und Veränderung der Begleitung dieser Menschen. Es geht um konkrete Schritte zur Realisierung dieser Visionen, die vom Gesetzgeber umgesetzt und begleitet werden müssen. Mit der Umsetzung der gesetzlichen Neustrukturierung wird es ab dem Jahr 2013 keine Förderschulen (mit dem Schwerpunkt Lernen) mehr im Primarbereich geben. Wir Grünen achten darauf, dass es im Rahmen der neuen Gesetzgebung nicht zu einer Billig- und Schmalspur-Inklusion kommt, sondern in den Regelschulen eine qualifizierte Förderung stattfindet, wie sie bisher für die Förderschulen galt.

Wenn das Thema Inklusion von allen Seiten betrachtet wird, ist das bestehende differenzierte Schulsystem in Niedersachsen besonders ungerecht, da es die Schülerinnen und Schüler nicht gleichermaßen fördert. **Kinder aus unteren sozialen Schichten haben eine ums sechsfache geringere Chance ein Gymnasium zu besuchen, als Kinder aus wohlhabenden Haushalten.** An Hauptschulen finden sich doppelt so viele Kinder mit Migrationshintergrund als anderswo und nur 7 % aller Kinder mit einer Behinderung besuchen bisher eine allgemeine Schule. Durch diese Art früher Selektion werden Chancen und Perspektiven verbaut. An integrativen Gesamtschulen erreichen deutlich mehr Schülerinnen und Schüler einen qualifizierten Schulabschluss. Sowohl schwächere als auch stärkere Schülerinnen und Schüler werden damit nachweislich in den integrativen Gesamtschulen besser gefördert.

Zur Zeit ist aufgrund der niedersächsischen Gesetzgebung die Einrichtung von neuen Gesamtschulen prinzipiell sehr schwierig, da als Mindestvoraussetzung für die Zulassung eine Fünfzügigkeit gefordert wird. In Lüneburg bestehen nun bereits zwei integrative Gesamtschulen; eine in Kaltenmoor und seit 2011 eine in Embsen, die von Beginn an so stark nachgefragt waren, dass SchülerInnen abgewiesen werden mussten, weil es zu viele Anmeldungen gab und gibt. Die Voraussetzung der Fünfzügigkeit zu erfüllen war daher überhaupt kein Problem und die Nachfrage hat nicht nachgelassen, so dass auch weiterhin SchülerInnen abgewiesen und umorientiert werden müssen. Daher steht für uns fest: **Eine weitere Gesamtschule für Lüneburg ist unbedingt notwendig:** Der Elternwille ist entscheidend! Dann ist auch die Umwandlung einer Oberschule in eine Gesamtschule denkbar. Mit der Einführung der Oberschule wurde in Niedersachsen eine weitere Schulform eingeführt. Allerdings besteht ein großer Unterschied für die Zulassungsmöglichkeiten, denn eine Oberschule darf bereits bei einer Zweizügigkeit und ohne Elternbefragung eingerichtet werden, obwohl sie das Abitur nicht ermöglicht. Es besteht eine klare Blockadehaltung der derzeitigen Landesregierung gegen die Gesamtschulen. Wir Grünen fordern, diese unverzüglich aufzugeben und die Gesamtschulen genauso mit LehrerInnen und pädagogischem Personal auszustatten, wie es bei den Oberschulen der Fall ist, so dass der Elternwille endlich genügend Berücksichtigung findet.

| **Holger Nowak**
Bildungspolitischer Sprecher

Biokost im Klinikum

Eine Grüne Idee setzt sich durch

Es war ein langer Weg zum Ziel: Gut zehn Jahre hat es gedauert – doch jetzt wird eine Grüne Idee Wirklichkeit. Unser Wunsch, mehr Obst und Gemüse mit Bioqualität und Fleisch aus umweltschonender und artgerechter Nutztierhaltung im Klinikum zu verköstigen, nimmt Gestalt an. Das Städtische Klinikum legte nun den Grundstein für mehr biologisch angebaute Produkte auf dem Krankenhaus-Teller.

Auf Antrag der Rot-Grünen Ratskoalition hatte das Klinikum eine Arbeitsgruppe mit VertreterInnen des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz) gebildet. Die Berater Tilmann Uhlenhaut (Hannover) als Landwirtschaftsexperte und Dieter Liehman (Adendorf) als Fachmann für Tierschutz, suchten gemeinsam mit der Geschäftsführung um Dr. Moormann nach Lösungen. Ergebnisse liegen jetzt vor: In einem ersten Schritt werden 100 vegetarische Mahlzeiten der insgesamt täglich 800 Mittagessen mit einer Biokomponente zubereitet, so Wolfgang Wiengarten, der Leiter des Geschäftsbereichs Speiseversorgung im Klinikum. Mit rund 365.000 Mahlzeiten im Jahr ist das Klinikum ein großer Nachfrager und Einkäufer auf dem Lebensmittelsektor. Als städtische Einrichtung hat das Klinikum eine Vorbildfunktion und trägt Verantwortung für die Umwelt und den Tierschutz. Diese nimmt das Klinikum nun wahr.

| **Andreas Meihies**
Mitglied im Aufsichtsrat des Städtischen Klinikums Lüneburg



täglich 100 vegetarische Mahlzeiten

Projekt 50-50

In der von den Grünen gestarteten Initiative „50/50“ geht es darum, den Anteil der weiblichen Parteimitglieder zu erhöhen, damit wir immer die Quotierung aller Posten immer erfüllen können. Aktuell liegt der Frauenanteil bei den Grünen im Landkreis Lüneburg bei 37 %.

Eine ausgeglichene Beteiligung von Frauen und Männern an der politischen Macht ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern beeinflusst auch politische Entscheidungsprozesse: Thematische Schwerpunktsetzungen, Kommunikationsregeln und die Verteilung der Mittel müssen von Frauen und Männern gemeinsam bestimmt werden.



Als Startschuss der Initiative wurde eine Frauen-Kreismitgliederversammlung veranstaltet; hier wurden zentrale Fragen besprochen, die für das politische Engagement von Frauen bedeutsam sind. Unter anderem ging es bei der spannenden und netten Veranstaltung um die Möglichkeit für MandatsträgerInnen, Kinderbetreuungskosten erstattet zu bekommen. Außerdem wurde überlegt, welche Fortbildungen

interessant sein könnten, um in den teilweise recht männlich geprägten politischen Strukturen noch erfolgreicher sein zu können.

Wichtige Ansatzpunkte für die Kampagne 50/50 sind die Vereinbarkeit von Politik und Familie sowie die Frage nach erfolgreichen Kommunikationsstrategien für die Politik. Aktuell sind von 35 Aufsichtsratsposten, die die Grünen in den städtischen Beteiligungsgesellschaften und Stiftungen insgesamt besetzen können, nur sechs von Frauen besetzt. Hier müssen wir als Fraktion noch einmal ran!

| **Katharina Guhl**
Sprecherin für Gleichstellungspolitik

Sicherer Schulweg oder „Die Kurzen kommen“



Lange war die Sicherheit des Schulweges über den Eisenbahnweg und Lüner Weg zur Grundschule Lüne ein ungelöstes Problem, das Eltern und GrundschülerInnen aus dem Wohnquartier Schützenplatz Sorgen bereitet hat, insbesondere zu Beginn jeden neuen Schuljahres.

Obwohl die Durchfahrt aus beiden Richtungen für Nichtanlieger gesperrt war, wurden die Straße und der Bahnüberweg immer wieder von AutofahrerInnen, die dann auch noch viel zu oft zu schnell unterwegs waren, als Abkürzung genutzt.

Auf dem Bahnübergang befindet sich kein Fußweg. In der engen, unübersichtlichen und scharfen Kurve kam es daher in den vergangenen Jahren immer wieder zu gefährlichen Situationen.

Wir Grünen haben uns der Problematik angenommen und in Gesprächen mit den betroffenen Eltern und mit der Stadtverwaltung eine Lösung erarbeitet, die am 12.09.2012 endlich umgesetzt wurde. Durch die Einrichtung einer Einbahnstraße im oberen Ende des Eisenbahnwegs wurde die Gefahrenstelle für die GrundschülerInnen merklich vermindert. Ich freue mich sehr, dass die Kleinen jetzt etwas sicherer zur Schule gelangen können.

| **Sonja Hollstein**
Schulpolitische Sprecherin

Die Grüne Energiewende in Lüneburg nimmt endlich Form an

Strom aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme enthält ein Potenzial für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand wie keine andere Technologie. Diese Energieversorgung ist dezentral, autonom und deshalb auch demokratisch. Deshalb wollen wir den Energiebedarf senken, die Energieeffizienzpotentiale maximal nutzen und Erneuerbare Energien schneller ausbauen. Wir haben mit unserem Gruppenpartner (SPD) vereinbart, den CO₂-Ausstoß in Lüneburg bis 2020 um mindestens 40 % im Vergleich zu 1990 zu senken und wir wollen, dass Lüneburg bis zum Jahr 2020 zur „100-Prozent-Erneuerbare-Energie-Region“ wird. Diese Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie von vielen Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen wird: In den privaten Haushalten, Betrieben, Verwaltungen, Schulen und Vereinen. Deshalb sind wir jetzt damit beschäftigt, die dafür notwendigen Netzwerke zu entwickeln und Strukturen aufzubauen.

Regionale Energiegewinnung bietet große Chancen, Arbeitsplätze zu schaffen und regionale Wertschöpfung zu betreiben. Wir werden in Zusammenarbeit mit dem Landkreis unsere Potenziale zur Gewinnung regenerativer Energien optimal nutzen: Energiegewinnung aus Windkraft, Solartechnologie, Wasserkraft, Biomasse und Erdwärme sollen im Rahmen der ökologischen und menschlichen Verträglichkeit vorangetrieben werden. Für uns misst sich dieser neue Fortschritt in erster Linie daran, ob es gelingt die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger auf nachhaltiger Basis zu verbessern. Also ökologisch vernünftig, sozial gerecht und wirtschaftlich erfolgreich.

Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Betriebe in der Region sollen optimal an der Wertschöpfung regenerativer Energien beteiligt werden. Wir unterstützen BürgerInnenwindparks und BürgerInnenanlagen – auch im nicht-historischen Bereich auf den Dächern der Innenstadt – und Eigentümerinnen und Eigentümer mit entsprechenden Programmen bei der energetischen Sanierung ihrer Wohnungen und Häuser. Außerdem fördern wir alle Maßnahmen, die dem Aufbau einer dezentralen Energieversorgung (z.B. Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen) dienen.



Ziel für Lüneburg bis 2020: 100-Prozent-Erneuerbare-Energie-Region

Zur **Senkung des Energiebedarfs** werden wir in den nächsten Jahren folgende Projekte durchführen:

1. Die Vorbildwirkung der Hansestadt implementieren, d.h. die konsequente energetische Sanierung der Gebäude der Hansestadt durchführen, insbesondere von Schulen, KITAs, Verwaltungsgebäuden, Stadtteilhäusern und Schwimmbädern. In Lüneburg sind dabei die Ansprüche des Denkmalschutzes zu beachten.

2. Die energetische Sanierung des Wohnungsbestands der LüWoBau. Dazu gehört auch die Umstellung der Heizungen auf kleine, leistungsfähige Systeme, z.B. Blockheizkraftwerke, die quartiersbezogen eingesetzt werden.

3. Energetische Sanierungen und Investitionen in Energieeinsparungen der Unternehmen der Gesundheitsholding (Psychiatrisches Klinikum, Städtisches Klinikum, Kurmittel GmbH (Salü)), sowohl bei Gebäuden als auch bei Gerätschaften.

4. Die Erweiterung des Förderprogramms ab 2011: „Energetische Sanierung von Baudenkmalern privater Eigentümer“.

5. Private Haushalte und private Unternehmen anregen, selbst Energie zu sparen, mit Unterstützung der Verbraucherzentrale und Klimaleitstelle.

6. Die Klimaleitstelle nutzen, um Konzepte zur Energieerzeugung und -einsparung zu entwickeln. Sie soll gemeinsam mit anderen AkteurInnen, wie den Solarinitiativen, der Wohnungsbaugesellschaft (LüWoBau), der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer und freien EnergieberaterInnen, die lokale Energiewende beschleunigen. Sie bietet den Bürgerinnen und Bürgern kompetente, möglichst kostenfreie Beratung zu Fragen der Verbesserung der Energieeffizienz.

Für den **Ausbau der Erzeugung Erneuerbarer Energien** werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

7. Ein Regionalwerk für das Stadtgebiet und die Kreisgemeinden gründen. Dazu sollen die jeweiligen Netzbetreiber in das Regionalwerk aufgenommen werden. Das Regionalwerk hat den Zweck, regenerative Energien in der Region (Wind, Photovoltaik, Biogas, Geothermie, Wasserkraft, Blockheizkraftwerke) zu erzeugen. Die erzeugte Energie soll weitgehend in der Region verbraucht werden. Eine Mehrerzeugung kann ins überregionale Netz eingespeist werden. Das erhöht die regionale Wertschöpfung bei garantierter Netzsicherheit.

8. Eine Großsolaranlage auf dem Gelände der GfA errichten (siehe S.3).

9. Den Bau einer Biogasanlage durch die GfA prüfen. Voraussetzung ist die Möglichkeit der Nutzung der Wärme durch Landwirte in der Nähe.

10. Den Bau kleiner Blockheizkraftwerke in den Neubaugebieten fördern und fordern.

11. Für Neubaugebiete unter Einbeziehung der Investoren neue Energiefonds auflegen.

12. Die Verpachtung von städtischen Dachflächen für BürgerInnen-Solaranlagen über eine sogenannte „Dachflächenbörse“.

13. Die Bürgergenossenschaft „Die Zukunftsgenossen“ weiterhin unterstützen.

14. Das Förderprogramm „Erneuerbare Energien“ für Handwerker fortsetzen.

15. Die Errichtung eines Pumpspeicherwerks am Schiffshebewerk Scharnebeck prüfen.

16. Für die Durchsetzung der Energiewende wollen wir die Kapazität vorhandener Leitungsnetze voll ausschöpfen. Zur Erreichung des 100 %-Ziels aus Erneuerbaren Energien sind die zügige Ergänzung des bestehenden Stromnetzes und der Aufbau dezentraler Energiespeicher unumgänglich. Wo neue Leitungen notwendig sind, sollen Erdkabel auch im Höchstspannungsbereich grundsätzlich Vorrang vor Freileitungen erhalten.

| **Ulrich Blanck**
Wirtschaftspolitischer Sprecher

Zukunftsrat verzahnt Uni und Region

Gemeinsam für eine zukunftsfähige Region – Hansestadt, Landkreis und Leuphana Universität Lüneburg

Wir haben das unglaubliche Glück, in einer strukturschwachen Region eine Hochschule zu haben, die allen Schließungsmaßnahmen und der größten Dichte an Reformen getrotzt hat und darüberhinaus in Niedersachsen sogar das proportional größte Mittelwachstum seitens der öffentlichen Hand verzeichnet. Eine solche Hochschule polarisiert natürlich. Sie schrumpft die Studiendenzahlen und gestaltet ein neuartiges Studienmodell, sie verjagt die Haubenlerche und baut ein neues Lüneburger Wahrzeichen. Diese Streitfragen werden durch die Gründung eines Zukunftsrates nicht automatisch einvernehmlich zu klären sein – darum geht es uns auch nicht.

Wir wollen mit diesem Zukunftsrat allerdings ein Stück weit dazu beitragen, die Gräben in unserer Stadt, die sich zwischen den Befürwortern und Gegnern der Hochschulpolitik der Universität aufzutun, zu schließen oder zumindest Verbindungsbrücken zu bauen.

Wir wollen einen gemeinsamen Dialog über und mit unserer Hochschule entwickeln und weg von einseitigen Jubelanzeigen in der Landeszeitung oder

gezielt diskreditierender Pressearbeit. Wir wollen mit diesem Zukunftsrat einen Ort entwickeln, an dem lebhaft mit der Hochschule debattiert werden kann.

Darüber hinaus ist es uns wichtig, die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Studierenden, die nach wie vor einen bedeutenden Anteil der Einwohnerschaft Lüneburgs stellen, gezielt zu berücksichtigen. Sie brauchen ein sozial gerechtes Wohnungsangebot, optimale Bedingungen für ökologische Mobilität, die Vereinbarkeit von Familie und Studium, die Förderung eines attraktiven Kulturangebotes sowie Strategien zur Schaffung von Berufsperspektiven in der Region.

Studierende haben Projekte, wie die „Lühnebohne“ (einen Fairtrade-Kaffee für Lüneburg) oder das „Lunatic Festival“ ins Leben gerufen. Die Projektseminare „Nachhaltige Gemeindeentwicklung“ schufen für die Stadtverwaltung ein Indikatorenset, um Nachhaltigkeitsziele auch konkret messen zu können. „Liane – Lüneburger in aktiver Nachbarschaft erleben“ trägt zu einer Vernetzung zwischen den Generationen bei. Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Nicht nur die Studierenden sind aktiv. Auch die Forscherinnen und Forscher der Uni tragen im Rahmen des Innovationsinkubators aktiv zur angestrebten Energiewende in der Region bei.

Wir wollen diese engagierten Menschen aktiv mit den Problemen konfrontieren, die sich in der Region stellen und gemeinsam Problemlösungsvorschläge erarbeiten. Dazu schwebt uns vor, nicht (nur) statusbezogen zusammenzuarbeiten, sondern v.a. mit Blick auf inhaltliche Kompetenzen. Nicht der wichtige Herr Fraktionsvorsitzende oder der noch wichtigere Herr Oberbürgermeister sollen die zentralen Figuren sein. Wir wollen die Fachexpertinnen und -experten der Fraktionen, der Verwaltungen, der Studierendenschaft und der Forschung zu den jeweiligen Sitzungen zusammenbringen, um die Themen gemeinsam zu besprechen. Losgehen wird es zum Jahreswechsel mit der ersten öffentlichen Sitzung – wir sind gespannt auf die Entladung des kreativen Potentials und freuen uns schon sehr darauf!

| **Sebastian Heilmann**
Umweltpolitischer Sprecher und ehemaliger Sprecher des AstA der Leuphana Universität Lüneburg



Spielplatz Rabensteinstraße

Wir engagieren uns für unseren Stadtteil

Der Spielplatz in der Rabensteinstraße war in den letzten Jahren heruntergekommen, „abgespielt“, bot wenig Angebote für kleinere Kinder und war zudem gefährlich, da er direkt auf eine Straße mündete. Dies nahm eine Elterninitiative aus dem Viertel zum Anlass, um eine Unterschriftensammlung mit Vorschlägen zu starten, die dann im Frühjahr 2011 an die Verwaltung und die politischen VertreterInnen im Stadtrat übergeben wurde. Doch die daraufhin versprochene Sanierung ließ auf sich warten, was zu großem Verdross unter den kleinen und großen Nutzern des Spielplatzes führte: Denn die Sanierung war mit dem Kauf von Bundesflächen an der angrenzenden Dorothee-von-Stern-Straße verwoben und dieser erwies sich als schwieriger und kostspieliger als gedacht.

So dauerte es über ein Jahr, bis es endlich zur Ausschreibung der Sanierung kam. Aus Sicht der Verwaltung war dies ein zwar lange wärender, aber normaler Prozess. Aus Sicht der betroffenen Eltern und Kinder jedoch war dieser unverständlich und unzumutbar



und einige der damals aktiven Familien wohnen bereits nicht mehr im Viertel.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Sanierung vorangetrieben wurde. Bei Besuchen des Spielplatzes ist uns vor den Sommerferien 2012 die zunehmende Verwahrlosung aufgefallen. Um den Spielplatz in der langen Wartezeit einigermaßen attraktiv zu halten, sorgten wir dafür, dass zumindest neuer Sand aufgeschüttet wurde, Büsche ihren dringend benötigten Schnitt bekamen und der kaputte Bauzaun verschwand. Neben den von der Stadt zugesicherten neuen Spielgeräten wird auf unsere Bemühungen hin der Spielplatz Rabensteinstraße Lüneburgs erster Spielplatz sein, der eine Pforte bekommen wird, die von Kleinkindern nicht zu öffnen ist. Somit wird der Gefahr durch die unmittelbar vorbeiführende Straße entgegengewirkt, wenn sich die Kleinsten der Kleinen auf den Weg machen. Der Spielplatz wird für das Viertel, in dem viele Familien mit kleinen Kindern leben, ein echter Gewinn!

| **Katharina Guhl und Sonja Hollstein**

Frommestrasse (er)regt sich

Die Frommestrasse befindet sich im Senkungsgebiet von Lüneburg. Durch den einstigen Salzabbau begann sich die Oberfläche im Laufe der Zeit abzusenken. Bereits im 19. Jahrhundert gab es in Lüneburg Häuser und eine Kirche (Lambertikirche), die auf Grund ihrer mangelnden Stabilität abgerissen werden mussten.

Anderen Häusern kann man die Bewegungen im Untergrund, aufgrund ihrer Schiefstellungen oder Ausbuchtungen im Mauerwerk, deutlich ansehen. Ein besonders auffälliges Zeugnis dieser Bewegungen bietet das sogenannte „Tor zur Unterwelt“: Zwei gusseiserne Torflügel in der Frommestrasse, die sich übereinander geschoben haben. Die dazu gehörigen Häuser wurden 1933 abgerissen. Nun steht wieder ein „Abbruch“ bevor. Zwei Häuser in dreigeschossiger Bauweise, die seit ca. 100 Jahren dort stehen, neigen sich unaufhörlich in Richtung Straße. Mit modernen Messpraktiken werden die regen Bewegungen des Untergrundes schon seit Jahrzehnten dokumentiert, doch eine Rettung der Häuser mit aktuellen



Bautechniken ist wirtschaftlich und vor allem langfristig nicht möglich. Für die betroffenen BewohnerInnen sind dies keine guten Aussichten.

Doch haben wir an dieser Stelle die Stadtentwicklung im Blick: Vielleicht entstehen gerade hier Flächen, die auf lange Sicht nicht zu bebauen sind. Dies sollte dann unseres Erachtens auch so festgeschrieben werden, um Spekulationen um diese innerstädtischen Flächen zu verhindern. Wir sind dabei, Ideen zu entwickeln, die die Flächen für die BürgerInnen attraktiv machen, wie z.B. temporäre Gärten für Obst

und Gemüse oder einfach ein Platz zum „Bolzen“. Es könnte auch ein Teil der Frommestrasse entsiegelt und somit die gegenüberliegende Parkfläche erweitert werden. Beispiele dazu gibt es in vielen Städten Deutschlands und Europas. Wir wünschen uns, ein Konzept mit Betroffenen und Interessierten zu dieser Situation zu entwickeln, damit es an dieser Stelle „Grün“ weitergeht.

I Susanne Puschmann
Stadtentwicklungspolitische
Sprecherin

Eine Brücke zuviel – Mitmachen: BürgerInnenbefragung am 20. Januar 2013

Eine ungewöhnliche Landtagswahl

Natürlich ist es gut und richtig – zum Jahresende zumal – auf das Erreichte zurückzublicken. Doch die Bürgerinitiative „Ja zur Fähre – Nein zur Brücke“ in Neu Darchau (BI) schaut schon jetzt mit besonderer Spannung auf den Beginn des nächsten Jahres.

Wer nämlich am 20. Januar sein Kreuzchen zur Wahl der künftigen niedersächsischen Landesregierung macht, wird in der Wahlkabine eine Überraschung erleben: Die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Lüneburg werden zeitgleich mit der Landtagswahl aufgefordert über ein Verkehrsprojekt abzustimmen, von dem viele noch nie etwas gehört haben. Die Rede ist von einer neuen Elbbrücke von Neu Darchau (Lüchow-Dannenberg) nach Darchau (Amt Neuhaus, Kreis Lüneburg). Dort, wo heute

die Fähre „Tanja“ Pendler, Landwirte und Touristen über die Elbe transportiert, könnte künftig eine Brücke den Strom überspannen. Doch das gigantische Bauwerk ist teuer und höchst umstritten und so will die Politik den Bürgern das letzte Wort lassen. Dabei wird man ihnen nicht nur die Antwortoptionen „Für“ oder „Gegen“ die Brücke lassen, sondern auch die Möglichkeit, anzukreuzen, ob die Elbquerung den Betrag von zehn Millionen EUR oder mehr aus Mitteln des Landkreises Wert ist. Ohne Informationen ist diese Frage kaum zu beantworten:

Das Finanzierungskonstrukt enthält eine Zusage des Bundes, 75 % der Baukosten zu übernehmen. Weitere 1,3 Mio. EUR hat das Land Niedersachsen, rund 700.000 EUR hat der

Landkreis Lüchow-Dannenberg zugesagt. Die fehlenden Mittel müssten allein vom Landkreis Lüneburg bereitgestellt werden.

Heute werden für die geplante Brücke Kosten in Höhe von 45 Mio. EUR vorausgesagt. Doch vor dem Hintergrund steigender Stahl- und Energiepreise darf als sicher gelten, dass dies noch nicht der wirkliche Endbetrag ist. Die imaginäre Grenze von 10 Mio. EUR, die allein vom Landkreis Lüneburg zu bezahlen wären, wäre also bei Gesamtkosten der Elbbrücke von 48 Mio. EUR erreicht. Es steht aber zu befürchten, dass die Brücke eher um die 60 Mio. EUR kosten wird – und auch diese Zusatzkosten hätte allein der Landkreis Lüneburg zu zahlen.

Wenn man weiß, dass das gesamte Investitionsbudget für den Landkreis nur bei rund 15 Mio. EUR pro Jahr liegt (davon knapp 10 Mio. EUR für Investitionen an Schulen), wird klar, dass sich Lüneburg einen Betrag von 10

Die Lüneburger Grüne Jugend ist aktiv

Lieber LeserInnen,

dieses Jahr hatten wir als Grüne Jugend (wie bereits im Jahr 2011) einen Stand an der Umweltmesse, den wir thematisch auf den Verbrauch von Papier ausgerichtet haben; und wir sind mit vielen BesucherInnen der Messe ins Gespräch gekommen.

Weiterhin haben wir an diversen Demonstrationen teilgenommen. So waren wir z.B. bei einer ACTA Demo in Hamburg und haben uns für Bürgerrechte im Internet eingesetzt. Durch die massiven Proteste wurde eine Ratifizierung von ACTA in Deutschland gestoppt.



Im Sommer haben wir am Reihensee ge-zeltet. Wir hatten nicht nur jede Menge Spaß, sondern konnten viel diskutieren. Gefahren sind wir natürlich mit dem Fahrrad! Leider mussten uns jetzt, aufgrund eines Wohnortwechsels, viele unserer alten Mitglieder verlassen.

Um für neue Verstärkung zu sorgen, haben wir vor Kurzem ein Neulings-treffen veranstaltet. Bei BIO-Zisch und Keksen konnten uns Interessierte kennenlernen und einfach bei uns einsteigen. Einfach einsteigen kann man bei uns allerdings auch neben einem Neulingstreffen: Wir treffen uns jeden Donnerstag um 18 Uhr im Grünen Büro (Neue Sülze 4) und sind immer auf der Suche nach jungen Menschen, die sich politisch engagieren möchten.

I Viele Grüße von der Grünen Jugend Lüneburg

Aus Grau wird Grün

Für uns Grüne erfolgt politisches Handeln nicht nur im Rathaus. Wandel ist immer ein Prozess, der in der gesamten Gesellschaft stattfinden muss. Wir suchen den Austausch mit den aktiven Gruppen vor Ort, arbeiten mit und/oder initiieren Aktionen.

Es gibt sehr viele hochkompetente und engagierte BürgerInnen und Bürger, auf deren Wissen und Unterstützung wir als ehrenamtliche StadtratspolitikerInnen oft angewiesen sind und gerne zurückgreifen. Mitmachen erwünscht!

Entsiegelung statt Versiegelung

Das Klima wandelt sich, auch Lüneburg hat mittlerweile jedes Jahr mit Starkregen zu kämpfen. Straßen stehen unter Wasser, Keller laufen voll. Das Wasser läuft sehr schnell in Bäche und Flüsse, die Elbe muss in der Folge in kurzer Zeit sehr viel Wasser aufnehmen, so dass es immer wieder zu bedrohlichen Hochwassersituationen kommt. Entsiegelte Flächen wirken dem entgegen! Die Politik in Lüneburg hat reagiert und in den



letzten Jahren die Zahl der Regenrückhaltebecken erhöht sowie eine Niederschlagswassergebühr eingeführt (0,34 EUR/m² und Jahr). Doch ohne die aktive Unterstützung der BürgerInnen wird es kaum gelingen, Straßenbäume vom Pflaster zu befreien (das häufig bis unmittelbar an den Stamm geht), Innenhöfe zu Gunsten eines besseren Stadtklimas zu entsiegeln oder die Feinstaubbelastung durch Fassaden- oder Dachbegrünung zu reduzieren. Kontakt:

→ entsiegelung-lueneburg@gmx.de

Critical Mass (Kritische Menge)

Dies ist eine international verwendete Aktionsform, bei der sich mehrere nicht motorisierte VerkehrsteilnehmerInnen scheinbar zufällig und unorganisiert treffen, um mit gemeinsamen und un-

hierarchischen Fahrten durch Innenstädte mit ihrer bloßen Menge auf ihre Belange und Rechte gegenüber dem motorisierten Individualverkehr aufmerksam zu machen. Seid doch nächstes Mal dabei! Infos unter:

→ www.facebook.com/CriticalMassLueneburg

Nachhaltigkeit

Immer wieder sichtbare Zeichen für mehr Nachhaltigkeit zu setzen, ist ein zentrales Anliegen von uns Grünen. Keine andere Partei sucht so intensiv nach Formen jenseits der alten Betonpolitik, jenseits einer vermeintlich immer-währenden Wachstumspolitik. Wir haben dazu im vergangenen Jahr immer wieder Informationsveranstaltungen angeboten und unterstützen unter der Trägerschaft des T.U.N. e.V. einen Beteiligungs- und Visionsprozess unter dem Titel „DialogN“:

→ www.dialogn.de
→ www.lüneburger-umweltmesse.de

I Claudia Schmidt
Sprecherin für Natur- und Landschaftsschutz



Mio. EUR allein für den Bau einer Brücke überhaupt nicht leisten kann. Dies umso weniger, als ja mit erheblichen weiteren Kosten allein für den Kreis Lüneburg zu rechnen sein wird, wenn die Gesamtkosten der Neu Darchauer Elbbrücke über 48 Mio. EUR liegen sollten – wovon in der Tat auszugehen ist.

Auf eine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Miriam Staudte antwortete Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) kürzlich: Vor dem Hintergrund des Entschuldungsvertrags, den der Landkreis Lüneburg mit dem Land Niedersachsen abgeschlossen hat, „sind Mehrkosten

durch Investitionsprojekte und damit verbundene Haushaltsmehrbelastungen in den kommenden Jahren kritisch zu bewerten. Um das Vertragsziel nicht zu gefährden, müssten diese Mehrbelastungen gegebenenfalls durch Kompensations- und Konsolidierungsmaßnahmen an anderer Stelle im Haushalt des Landkreises ausgeglichen werden.“

Im Klartext: Wenn sich der Kreis Lüneburg die Elbbrücke in Neu Darchau gönnen möchte, kann er Geld an anderer Stelle nicht ausgeben. Diese „andere Stelle“ – das wären in erster Linie die Schulen im Kreis Lüneburg ... Es ist also im öffentlichen Interesse, die Pläne zum Bau einer Elbbrücke in Neu Darchau durch entsprechende Wahl im Januar zu stoppen und den Bürgerinnen und Bürgern des Amtes Neuhaus durch verbesserte Fahrzeiten und günstigere Fahrpreise sofort zu helfen!

Gastbeitrag von
I Andreas Conrad

BI „Ja zur Fähre – Nein zur Brücke“

Die HanseCard

Sie wird kommen!

Nach langer und unermüdlicher Vorbereitung und Recherche durch Rat und Verwaltung wird es ab Januar 2013 auch in Lüneburg eine Sozialkarte geben, die ihren Namen verdient und als HanseCard rund 3.000 Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren aus dem Stadtgebiet, deren Eltern so genannte Transferleistungen beziehen, in vielen Einrichtungen ganze 50 % Eintrittsmäßigung ermöglichen. Ob Theater, Kurse an der Volkshochschule, Freibäder, Hallenbad oder die Museen: Alles kostet nur noch die Hälfte.

Attraktiv ist diese Ermäßigung auch deshalb, weil sie auch für das Eisstadi-

on sowie das Freibad in Adendorf gilt und: Die Verhandlungen sind noch nicht gänzlich abgeschlossen ...

Die HanseCard erhalten außerdem rund 500 Kinder und Jugendliche, die sich ehrenamtlich in Vereinen, Organisationen und Institutionen engagieren. Die HanseCard ist nur in Verbindung mit dem Schülerschein o.ä. gültig und natürlich nicht übertragbar.

Wenn die HanseCard gut angenommen wird, könnte das Konzept auf Erwachsene ausgedehnt und später eventuell sogar in Verbindung mit Vergünstigungen beim ÖPNV (gegen Entgelt) als Chipkarte für jedermann zugänglich gemacht werden.

Der Antrag wurde von uns bereits in der letzten Ratsperiode eingebracht und hat die ganze Sache ins Rollen gebracht: Wir freuen uns sehr!

I Ernst Bögershausen
Sozialpolitischer Sprecher

HanseCard
Hansestadt Lüneburg

Jahresbilanz der politischen Arbeit des Grünen Ortsverbands Lüneburg



Anregung auf und formulierte gemeinsam mit der SPD einen Gruppenantrag, der im Februar 2012 vom Stadtrat angenommen wurde. Der Kreistag folgte im März, so dass Stadt und Kreis nun Mitglied dieses Bündnisses sind.

Landschaftsplan Lüneburg

Wir betrachten den bestehenden Landschaftsplan für Lüneburg als wesentliches Instrument einer nachhaltigen

Entsiegelung der Böden

Die Entsiegelung bestimmter Flächen im Stadtgebiet ist ein wesentlicher Baustein zur Verbesserung des Stadtklimas. Der Ortsverband unterstützt daher in vollem Umfang die Initiative der Naturschutzverbände, auf bestimmten Flächen im Stadtgebiet den bestehenden Asphalt zu entfernen. In den laufenden Diskussionsprozess bringen wir uns aktiv ein. Dabei geht es uns im Zusammenhang mit der Aktualisierung des Landschaftsplans in nächster Zeit auch darum, bei Entsiegelungsmaßnahmen Prioritäten zu setzen, zu überlegen, wo Entsiegelungsmaßnahmen die beste Wirkung entfalten und gemeinsam mit BürgerInnen und Engagierten geeignete umsetzbare Vorschläge zu entwickeln.

Naturerlebnisräume

In den 60er und 70er Jahren gab es Freiräume, wo Kinder ohne Aufsicht und Zäune spielen konnten. Es gab damals noch keinen Bedarf an Abenteuerspielplätzen, weil im unmittelbaren Wohnumfeld meist genügend Abenteuer in der Natur erlebt werden konnten. Da solche Natur-Räume (z.B. wilde Brachflächen) auch in Lüneburg mehr und mehr verschwinden, weil alle Freiflächen zugebaut werden (wie zuletzt beim Hanseviertel) stellt sich die Frage, wie unsere Kinder ihre Umwelt lieben und achten lernen sollen.

„Es stellt sich die Frage, wie unsere Kinder ihre Umwelt lieben und achten lernen sollen.“

Um diesem Missstand zu begegnen, wurde bereits in den 1990er Jahren das Konzept der Naturerfahrungsräume (NER) entwickelt. Das Konzept bietet die große Chance, Lebensqualität und Stadtnaturschutz zu verbinden. Dafür bedarf es Flächen, in dem sich die Natur frei entwickeln darf und die sich als ‚wilde‘ Spielräume für Kinder und Jugendliche (vor allem im Alter von 7-14 Jahren) eignen. Wir setzen uns daher als Ortsverband dafür ein, dieses Konzept umzusetzen, so dass Naturerlebnisräume im Nahraum von Siedlungen gesichert, ausgewiesen und (soweit erforderlich) umgestaltet werden, sofern die Voraussetzungen dafür fehlen.

In Zeiten knapper Kassen ist es wichtig auch darauf hinzuweisen, das im Gegensatz zu herkömmlichen Spielplätzen die laufenden Kosten geringer anzusetzen sind. Wir haben deshalb das Thema in die Fraktion eingebracht, damit sie sich in den städtischen Gremien dafür einsetzt, dass geeignete Flächen durch die Bauleitplanung (bspw. im Flächennutzungsplan) gesichert werden. Der fortzuschreibende Landschaftsplan der Stadt Lüneburg kann bei der Auswahl geeigneter Flächen einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Die Arbeit eines Ortsvorstandes ist recht vielseitig: Einladungen erstellen, Plakate kleben, Neumitglieder begrüßen, Pressearbeit, Vorbereitung und Durchführung von Ortsmitgliederversammlungen, Wahlvorbereitungen, Treffen mit Kreisvorständen und vieles mehr.

Für den wichtigen Teil der politischen Einmischung bleibt da leider nicht mehr allzu viel Raum. Doch gerade dieses Einmischen ist das eigentlich Interessante an der Vorstandsarbeit, denn wir sind im Gegensatz zu den politischen Gremien nicht an Verabredungen mit

dem Gruppenpartner gebunden und können uns frei und „von der Leber weg“ den Themen aus rein „Grüner Sicht“ stellen. Vorstandsarbeit bildet also ein notwendiges Korrektiv zur politischen Arbeit in der Stadtratsfraktion und ist in der Lage, der Fraktion Impulse für die Arbeit zu liefern:

Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“

Anfang 2012 informierte der Vorstand die Fraktion über das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“, dem damals schon 211 Kommunen beigetreten waren. Die Fraktion nahm die

gen Ressourcen- und Umweltvorsorge und möchten ihn unter Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit nicht nur verstärkt umsetzen, sondern auch aktualisieren und fortschreiben. Als erster Schritt wurde der nun schon recht betagte Landschaftsplan als Diskussionsgrundlage in Text und Karte digitalisiert. Als nächster Schritt ist geplant, zusammen mit der Stadt Lüneburg, ein Einstiegsseminar für interessierte BürgerInnen zu veranstalten, um die Empfehlungen des bestehenden Landschaftsplanes umzusetzen.



Susanne Neuhaus und Ralf Gros
Sprecherin und Sprecher des Grünen Ortsverbands Lüneburg



Die neue Grünen-Fraktion

Die neue Grünen-Ratsfraktion ist nach der letzten Kommunalwahl um 150 % auf 12 Mitglieder angewachsen und hat nach einiger Eingewöhnungszeit nun volle Fahrt aufgenommen.

Dank der neuen Fraktionsstärke gibt es nun kein Thema mehr, das wir nicht konzeptionell angehen, um gemeinsam mit der interessierten Bürgerschaft und den Fachverbänden Lösungen für die vorhandenen und neu entstehenden Aufgaben zu finden: z.B. Radwegebau, ÖPNV, Ökologische Stadtentwicklung, Kulturentwicklungsplan, Entsiegelung, barrierefreie Wege, BürgerInnenhaushalt, Inklusion in Schule und Gesellschaft, Energiewende mit eigener Stromherstellung aus dem Landkreis, Umsetzung des Landschaftsplans und vieles mehr.

Unser Ziel ist dabei, dass diese Lösungen für alle leicht verständlich und nachhaltig sinnvoll sind. Damit wir das erreichen können, haben wir zahlreiche Projektgruppen und Arbeitsgemeinschaften gegründet, die sich über konstruktiv-aktive MitmacherInnen freuen.

Die Fraktion tagt (außer in den Schulferien) öffentlich und wöchentlich montags ab 20 Uhr in der Sodmeisterkammer des Rathauses (Eingang A). Wenn wir mit einer großen Öffentlichkeit rechnen, finden die Sitzungen im Grünen-Büro statt. Bitte achten Sie daher auf die Terminleiste auf der Homepage des Grünen Kreisverbands: www.gruene-lueneburg.de

Wir haben noch sehr viel mehr getan und sehr viel mehr vor, als wir hier auf acht Seiten darstellen konnten. Daher laden wir Sie herzlich ein, sich auf unserer Website umzuschauen, auf der Sie neben vielen Informationen auch alle Kontaktdaten rund um die Grüne Stadtratsfraktion finden: www.rathaus-aktuell.de

Ariane Mahlke-Voß Geschäftsführerin der Stadtratsfraktion

GRÜN GEHT

Weiter



Ariane Mahlke-Voß, Geschäftsführerin

Wir freuen uns über konstruktiv-aktive MitmacherInnen!

Impressum

Herausgegeben von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ortsverband Lüneburg
Neue Sülze 4
21335 Lüneburg

V.i.S.d.P.: Ariane Mahlke-Voß

Internet: www.rathaus-aktuell.de
E-Mail: fraktion@rathaus-aktuell.de

Redaktion: Ariane Mahlke-Voß,
Ernst Bögershausen

Fotos: Ernst Bögershausen

Gestaltung: butenschoendesign.de
Druck: v. Stern'sche Druckerei